

An die  
Adressaten  
gemäss Liste am Schluss

Altdorf, 2. Dezember 2015 / pH

**Ergebnis der 2. Vernehmlassung zum Vorschlag für die zukünftige Finanzierung im Bereich der Sonderpädagogik; Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit**

Sehr geehrte Damen und Herren

Zwischen dem 10. September 2015 und 31. Oktober 2015 führte die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) im Auftrag des Erziehungsrates eine zweite Vernehmlassung zur zukünftigen Finanzierung des sonderpädagogischen Angebots im Kanton Uri durch. Diese zweite Vernehmlassung war notwendig, weil die Vorschläge der ersten Vernehmlassung auf zu geringe Akzeptanz stiessen. Die Vernehmlassung ist nun ausgewertet.

Wir danken Ihnen bestens für Ihre Mitarbeit im Rahmen der Vernehmlassung. Sie finden alle Unterlagen auf dem Internet unter [www.ur.ch](http://www.ur.ch) (Aktuelles – Vernehmlassungen).

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

**Allgemeine einleitende Bemerkungen**

Die Vernehmlassenden begrüssen, dass die Motion Epp nicht in einem allzu engen Kontext umgesetzt wird. Es wird betont, dass der Vorschlag im Widerspruch zum Sinn und Geist der NFA steht. Einzelne Vernehmlassende fordern deshalb, dass die Mehrlasten einzelner Gemeinden über den Lastenausgleich ausgeglichen werden. Es wird gefordert, dass der administrative Aufwand für die kantonalen und kommunalen Verwaltungen möglichst klein gehalten werden muss, die Planung und Kontrolle einer zentralen Stelle zuzuweisen ist. Zudem soll die Erreichung der pädagogischen Ziele unabhängig von der Finanzierung gewährleistet sein.

## Grundsätzliche Meinung zum Vorschlag

Der überwiegende Teil der Gemeinden und der Schulräte sind mit dem Vorschlag nicht oder nur teilweise einverstanden. Von den politischen Parteien ist die CVP nicht, die FDP nicht vollumfänglich und die SVP mit Vorbehalten einverstanden. KoBUR, stiftung papilio, Pro Infirmis Uri, VSL und LUR sind mit dem Vorschlag einverstanden. Bemängelt werden folgende Punkte:

- Der Kanton soll einen höheren Anteil der Kosten übernehmen (60 %).
- GR und SR Altdorf vertreten (wie schon in der ersten Vernehmlassung) die Meinung, dass der Kanton die Verantwortung im Bereich der externen Sonderschulung und die **Gemeinden** die Verantwortung und Finanzierung der integrativen Sonderschulung (IS) übernehmen sollen.
- Die CVP schlägt vor, dass der Kanton zur administrativen Vereinfachung die gesamten Kosten im Bereich IS übernehmen soll und dass der Solidaritätsbeitrag zu hoch angesetzt sei und der Gemeindebeitrag für die Einweisung in ein Heim zu tief sei.

## Verhältnis zum 1. Vorschlag

Der Vorschlag wird von den meisten Vernehmlassenden als besser und einer kleinen Minderheit als gleichwertig erachtet. Insbesondere die Einführung des Solidaritätsbeitrages wird von den meisten begrüsst. Einzelne Vernehmlassende erachten allerdings den Solidaritätsbeitrag als nicht NFA konform, da besondere Lasten über das Instrument Lastenausgleich abgegolten werden sollen. Bemängelt wird von verschiedenen Vernehmlassenden, dass der administrative Aufwand nicht vermindert wird.

## Abschliessende Bemerkungen

Abschliessend machen die meisten Gemeinden folgenden Vorschlag:

- Die Gemeinden übernehmen die Kosten der IS.
- Der Kanton übernimmt die Kosten bei Heimen und der Ausgleich wird über einen Solidaritätsbeitrag sowie Pauschalen geschaffen, wobei die Höhe des Pauschalbeitrages so festzulegen ist, dass kein Anreiz für eine Heimplatzierung besteht. Mit dieser Lösung könnte auch der administrative Aufwand minimiert werden.
- Weiter wird verlangt, dass die Höhe des Elternbeitrages auf einen bestimmten einheitlichen Wert festgelegt werden muss.

CVP, FDP schlagen vor, die finanzielle Beteiligung des Kantons zu erhöhen.

## Weiteres Vorgehen

Die Projektgruppe und danach Erziehungsrat und Regierungsrat werden über das weitere Vorgehen beraten und beschliessen. Das Geschäft ist für die Landratssession vom 16. März 2016 traktandiert.

Gerne benutze ich hier die Gelegenheit, Ihnen für die einmal mehr sehr wertvolle Mitarbeit im Rahmen der Vernehmlassung herzlich zu danken.

Freundliche Grüsse

Bildungs- und Kulturdirektion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'BJ', is positioned above the name 'Beat Jörg'.

Beat Jörg, Regierungsrat

Geht an:

- Gemeinderäte
- Schulräte und Kreisschulräte der Volksschule
- Politische Parteien
- Konferenz der Behindertenorganisationen (KoBUR)
- stiftung papilio
- Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL)
- Verein Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR)

Kopie zur Kenntnis:

- Mitglieder des Erziehungsrats
- Gemeindeverband Uri